

Softwarebasierter Plagiatsbericht Diana Kinnert: „Für die Zukunft seh' ich schwarz“, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 2. Auflage der Originalausgabe, Juni 2017

Von zumindest folgenden Publizistinnen und Publizisten hat Diana Kinnert unzitiert abgeschrieben:

- Dirk **Knippals**, taz
- Kurt **Lenk**, hier bpb
- Johann **Osel**, Süddeutsche Zeitung
- Ulf **Poschardt**, Die Welt
- Ariane **Reimers**, damals ARD
- Leander **Scholz**, hier Deutschlandfunk
- Timo **Teggatz**, Evangelische Zeitung
- Markus **Wehner**, FAZ
- Ursula **Weidenfeld**, hier Tagesspiegel



Liste der Plagiatsfragmente (nur Softwarebericht)

Unzitierte Quelle	Passage bei Kinnert	Quellenangabe vor Ort	Erwähnung im Literaturverzeichnis
<p>In immer mehr Berufsfeldern unterstützen oder ersetzen Maschinen, Roboter und Computerprogramme menschliche Arbeiter. Die Studie "The future of employment" hat einzelne Berufe nach der Wahrscheinlichkeit ihrer Automatisierung bewertet. Das Ergebnis zeigt die Berufe, die in den nächsten 20 Jahren wahrscheinlich von Maschinen übernommen werden.</p> <p>Durch die zunehmende Automatisierung werden Maschineneinrichter - etwa von Fräs- oder Hobelmaschinen - oder die Bediener der Maschinen immer überflüssiger. Den Berechnungen zufolge haben sie eine 97,9 prozentige Wahrscheinlichkeit, in zwei Jahrzehnten gänzlich durch künstliche Intelligenz ersetzt zu werden.</p> <p>Schon jetzt werden immer mehr Roboter in großen Versandhäusern und Logistikzentren eingesetzt, die sich um die Verpackung und Sendungsvorbereitung von Paketen kümmern. In 20 Jahren werden diese Aufgaben mit 98-prozentiger Wahrscheinlichkeit ausschließlich von Robotern und Maschinen übernommen.</p> <p>Eine ebenfalls 98-prozentige Wahrscheinlichkeit, zukünftig von technischen Hilfsmitteln übernommen zu werden, gilt für die Berufsgruppe der Einkäufer in Unternehmen. Welche Anschaffungen sollen zu welchen Preisen, bei welchen Händlern getätigt werden? Um all das könnten sich bald nur noch Automatismen kümmern.</p> <p>Quelle: Wirtschaftswoche (2015), https://www.wiwo.de/erfolg/beruf/vom-aussterben-bedroht-diese-berufe-wird-es-in-20-jahren-nicht-mehr-geben/11849200.html</p>	<p>gisch bedingte Arbeitslosigkeit droht, sogar bei 59 Prozent. In immer mehr Berufsfeldern unterstützen oder ersetzen Maschinen, Roboter und Computerprogramme menschliche Arbeiter. Die Studie wies auf jene Berufe hin, die in den nächsten 20 Jahren wahrscheinlich von Maschinen übernommen werden. So werden beispielsweise Maschineneinrichter - etwa von Fräs- oder Hobelmaschinen - oder die Bediener der Maschinen immer überflüssiger. Berechnungen zufolge haben sie eine 97,9-prozentige Wahrscheinlichkeit, in zwei Jahrzehnten gänzlich durch künstliche Intelligenz ersetzt zu werden. Schon jetzt werden immer mehr Roboter in großen Versandhäusern und Logistikzentren eingesetzt, die sich um die Verpackung und Sendungsvorbereitung von Paketen kümmern. In 20 Jahren werden diese Aufgaben mit 98-prozentiger Wahrscheinlichkeit ausschließlich von Robotern und Maschinen übernommen. Eine ebenfalls 98-prozentige Wahrscheinlichkeit, zukünftig von technischen Hilfsmitteln übernommen zu werden, gilt für die Berufsgruppe der Einkäufer in Unternehmen. Welche Anschaffungen sollen zu welchen Preisen bei welchen Händlern getätigt werden?</p> <p>Um all das könnten sich bald nur noch Automatismen kümmern. Neu ist das Aufkeimen und Vergehen ganzer Berufs-</p>	nein	nein

	S. 98 f.		
<p>Geld abheben, Überweisungen tätigen, Kontoauszüge abholen. Das alles geht einfach und schnell an Geldautomaten oder im Internet. Kein Wunder, dass Mitarbeiter an Bankschaltern immer überflüssiger werden. In 20 Jahren soll es sie laut der Analyse mit 98,3-prozentiger Wahrscheinlichkeit nicht mehr geben.</p> <p>Kredite an den Mann oder die Frau zu bringen, wird zukünftig mit 98,4-prozentiger Wahrscheinlichkeit ebenfalls von Computerprogrammen erledigt werden. Einige Unternehmen nutzen bereits Software, die mit Hilfe eines Algorithmus sichere Kreditnehmer ausmachen können.</p> <p>Mit einer Wahrscheinlichkeit von 98,5 Prozent werden Steuerberater in 20 Jahren bereits der Vergangenheit angehören. Unterschiedliche Steuermodelle werden dann nicht mehr vom Menschen durchgerechnet und entwickelt, sondern von Computerprogrammen.</p> <p>Quelle: Wirtschaftswoche (2015), https://www.wiwo.de/erfolg/beruf/vom-aussterben-bedroht-diese-berufe-wird-es-in-20-jahren-nicht-mehr-geben/11849200.html</p>	<p>tum, weiß ich heute. Geld abheben, Überweisungen tätigen, Kontoauszüge abholen, das alles geht einfach und schnell an Geldautomaten oder im Internet. Kein Wunder, dass Mitarbeiter an Bankschaltern immer überflüssiger werden. In 20 Jahren soll es sie laut der Oxford-Analyse mit 98,3-prozentiger Wahrscheinlichkeit nicht mehr geben. Oder Kreditsachbearbeiter: Kredite an den Mann oder die Frau zu bringen, wird zukünftig mit 98,4-prozentiger Wahrscheinlichkeit ebenfalls von Computerprogrammen erledigt werden. Einige Unternehmen nutzen bereits Software, die mit Hilfe eines Algorithmus sichere Kreditnehmer ausmachen kann. Ein ähnliches Bild wird für Steuerberater entworfen: Mit einer Wahrscheinlichkeit von 98,5 Prozent werden Steuerberater in 20 Jahren bereits der Vergangenheit angehören. Unterschiedliche Steuermodelle werden dann nicht mehr vom Menschen durchgerechnet und entwickelt, sondern von Computerprogrammen. Der Abbau</p> <p>S. 100</p>	nein	nein
		nein	ja (Presse-



<p>werden. Das hat die Kulturbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Oberkirchenrätin Petra Bahr, gefordert. „Dieser Streit gehört in die Mitte der Gesellschaft. Er ist nicht in Expertengremien zwischen Juristen und IT-Experten zu entscheiden, weil es um unser Selbstverhältnis (...) geht“ und um die Frage, „wie wir uns in Zukunft vergesellschaften wollen“, schreibt Bahr in einem Beitrag für die Zeitung des Deutschen Kulturrates „Politik und Kultur“ (Ausgabe 2/12). Bahr kritisiert darin</p> <p><i>Quelle: Archiv Turnitin (2012), Autorin Petra Bahr</i></p>	<p>geklärten Mitte der Gesellschaft beantwortet worden. Dieser Streit gehört jedoch in die Mitte der Gesellschaft. Er ist nicht in Expertengremien zwischen Juristen und IT-Experten zu entscheiden, weil es um etwas so Essenzielles wie Bürgerrechte und die Frage geht, wie wir uns in Zukunft vergesellschaften wollen. Petra Bahr, Theologin und Landessuperintendentin</p> <p><i>S. 106 (Petra Bahr wird erst im Anschluss erwähnt. Es ist nicht ersichtlich, dass die Ausführungen oberhalb auch bereits von ihr stammen.)</i></p>		<p><i>aus-sen-dung)</i></p>
<p>Rechtsfixierung“ herauskomme. Bahr: „Wir brauchen nicht nur eine digitale Kultur, wir brauchen dringend eine Kultur des Digitalen.“ Hannover, 29. Februar 2012 Pressestelle der</p> <p><i>Quelle: Archiv Turnitin (2012), Autorin Petra Bahr</i></p>	<p>visionäre Schönfärberei» thematisiert würden. Wir brauchen nicht nur eine digitale Kultur, wir brauchen dringend eine Kultur des Digitalen.</p> <p><i>S. 106 (die schließenden Anführungszeichen weisen darauf hin, dass nun wieder Kinnert schreibt. Der Text stammt aber weiter von Bahr.)</i></p>	<p>nein</p>	<p>ja <i>(Presse-aus-sen-dung)</i></p>
		<p>nein</p>	<p>nein</p>

<p>Akboga machte zahlreiche Clips zu diesem Leitmotiv, manche auch schon mit Profis produziert 🔗. Bei der BVG tritt er nun als Kontrolleur in der Tram auf und als Busfahrer, der äußerst tolerant gegenüber dem ist, was die Fahrgäste so in der Bahn anstellen: <i>Zwiebel schneiden - Is mir egal / Käse reiben - Is mir egal</i>. Dass das alles nicht zu den Beförderungsbedingungen der Berliner Verkehrsbetriebe (17 DIN A4 Seiten) passt - egal, klar. Das mit dem Viralhit scheint jedenfalls zu</p> <p>Quelle: Der Spiegel (2015), https://www.spiegel.de/netzwelt/web/is-mir-egal-kazim-akboga-die-bvg-und-virale-werbung-a-1067344.html (Autorkürzel: „fab“)</p>	<p>Is mir egal.» Akboga produzierte zahlreiche Clips zu diesem Leitmotiv. Für die BVG trat er als Kontrolleur in der Tram auf und als Busfahrer, der äußerst tolerant gegenüber dem ist, was die Fahrgäste so in der Bahn anstellen: Zwiebel schneiden - Is mir egal / Käse reiben - Is mir egal. Dass das alles nicht zu den Beförderungsbedingungen der Berliner Verkehrsbetriebe (17 DIN-A4-Seiten) passt - egal, klar. Der U-Bahn-Waggon,</p> <p>S. 118</p>		
		nein	nein



<p>Werbespot zur Popkultur veredelt zu haben. Der U-Bahn-Waggon als ein Ideal einer freien Gesellschaft setzt die Toleranz als erstes Grundprinzip, auf dem der Gesellschaftsvertrag basiert. Der Song „Is mir egal“, von Werbetexter und Comedian Kazim Akboga gerappt, ist ein liberalistisches Pamphlet. Der lässige Schaffner gibt den gütigen Herrscher, der weiß, dass das Chaos des menschlichen Alltags nur durch maximale Repressionsfreiheit und minimale Ordnungsstandards (Kauf eines Tickets) bewältigt werden kann.</p> <p>Quelle: Die Welt (2016), https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article154666630/Fruechte-einer-Traegoedie.html, Autor Ulf Poschardt (in derselben Glosse lobt Poschardt weiter unten Kinnert als „Intellektuelle“)</p>	<p>(17 DIN-A4-Seiten) passt - egal, klar. Der U-Bahn-Waggon, gezeigt als Ideal einer freien Gesellschaft, macht die Toleranz zum wichtigsten Grundprinzip. Der Song ist daher im Grunde ein liberalistisches Pamphlet. Der lässige Schaffner gibt den gütigen Herrscher, der weiß, dass das Chaos des menschlichen Alltags nur durch maximale Repressionsfreiheit und minimale Ordnungsstandards (Kauf eines Tickets) bewältigt werden kann. Uninteressiertheit wird zur Haltung erhoben.</p> <p>S. 118</p>		
		nein	nein

<p>Die Rechten in Europa sind auf dem Vormarsch. Beflügelt vom Brexit-Votum und von Donald Trumps Wahlsieg sehen sie ihre Chance steigen. Auf einer AfD-Demonstration in Magdeburg am 9. November - dem Tag von Trumps Triumph - jubelte die AfD-Europaabgeordnete Beatrix von Storch: "Wir sehen, man kann etwas verändern. Wir können die Welt aus den Angeln heben oder aber auch die Welt vom Kopf auf die Füße stellen." Nichts weniger als "die Welt aus den Angeln heben" - das klingt nach Systemveränderung, nach Umsturz, zumindest nach einem politischen Erdbeben.</p> <p>Quelle: tagesschau.de (2016), „Rechtspopulismus in Europa: Grenzenlos rechts“, noch zugänglich unter https://web.archive.org/web/20190112002106/https://www.helmut-esser.de/aktuelles/archiv-2014/2016.html, Autorin Ariane Reimers, ARD-Hauptstadtstudio</p>	<p>Die Rechten in Europa sind auf dem Vormarsch. Beflügelt vom Brexit-Votum und von Donald Trumps Wahlsieg sehen sie ihre Chancen steigen. Auf einer AfD-Demonstration in Magdeburg am 9. November 2016, dem Tag von Trumps Triumph, jubelte die AfD-Europaabgeordnete Beatrix von Storch: «Wir sehen, man kann etwas verändern. Wir können die Welt aus den Angeln heben oder aber auch die Welt vom Kopf auf die Füße stellen.» Nichts weniger als «die Welt aus den Angeln heben» – das klingt nach Systemveränderung, nach Umsturz, zumindest nach einem politischen Erdbeben. Zwar war wenige Stunden</p> <p>S. 143</p>		
<p>Auch im EU-Parlament ist sich die Rechte in der Fraktion "Europa der Nationen und der Freiheit" (ENF) näher gekommen. Seit Mai 2016 gehört auch der AfD-Europaabgeordnete Marcus Pretzell dazu, er ist damit der österreichischen FPÖ, dem französischen Front National, der italienischen Lega Nord und der niederländischen Partei für die Freiheit von Geert Wilders eng verbunden, inklusive gemeinsamer Pressekonferenzen.</p> <p>Quelle: tagesschau.de (2016), „Rechtspopulismus in Europa: Grenzenlos rechts“, noch zugänglich unter https://web.archive.org/web/20190112002106/https://www.helmut-esser.de/aktuelles/archiv-2014/2016.html, Autorin Ariane Reimers, ARD-Hauptstadtstudio</p>	<p>Christian Strache auf der Zugspitze. Und auch im EU-Parlament ist sich die Rechte in der Fraktion «Europa der Nationen und der Freiheit» näher gekommen. Seit Mai 2016 gehört ihr auch der AfD-Europaabgeordnete Marcus Pretzell an. Er ist damit eng mit der österreichischen FPÖ, dem französischen Front National, der italienischen Lega Nord und der niederländischen Partei für die Freiheit von Geert Wilders verbunden, inklusive gemeinsamer Pressekonferenzen.</p> <p>S. 144 f.</p>	nein	nein
		nein	nein

<p>Die rechten Parteien sind sich einig in ihrer Ablehnung der Europäischen Union, der pluralen Gesellschaft, sie positionieren sich gegen den Islam und lehnen das Konzept von Gender und Gleichberechtigung ab. In Deutschland orientieren sie sich ideologisch an den anti-liberalen, anti-demokratischen Ideen der so genannten Konservativen Revolution aus der Zeit der Weimarer Republik.</p> <p>Auch pro-russische Positionen spielen eine große Rolle, der französische Front National wird sogar aus Russland mit einem Millionenkredit finanziert. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann glaubt, "dass die rechtsnationalistischen Parteien in Europa Wladimir Putin verehren, weil er als starker Mann einen autoritären Führungsanspruch vorgibt." Genau das wollten die Rechten. "Sie verachten die liberale Demokratie mit Minderheitenschutz und Meinungsvielfalt und einer offenen Gesellschaft."</p> <p>Quelle: tagesschau.de (2016), „Rechtspopulismus in Europa: Grenzenlos rechts“, noch zugänglich unter https://web.archive.org/web/20190112002106/https://www.helmut-esser.de/aktuelles/archiv-2014/2016.html, Autorin Ariane Reimers, ARD-Hauptstadtstudio</p>	<p>Die rechten Parteien sind sich einig in ihrer Ablehnung der Europäischen Union und der pluralistischen Gesellschaft, sie positionieren sich gegen den Islam und lehnen das Konzept von Gender und Gleichberechtigung ab. In Deutschland orientieren sie sich ideologisch an den antiliberalen und antidemokratischen Ideen der sogenannten Konservativen Revolution aus der Zeit der Weimarer Republik. Auch prorussische Positionen spielen eine große Rolle, der französische Front National wird sogar aus Russland mit einem Millionenkredit finanziert. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann glaubt, «dass die rechtsnationalistischen Parteien in Europa Wladimir Putin verehren, weil er als starker Mann einen autoritären Führungsanspruch vorgibt». Genau das wollten die Rechten. «Sie verachten die liberale Demokratie mit Minderheitenschutz und Meinungsvielfalt und einer offenen Gesellschaft.»</p> <p>S. 145</p>		
		nein	nein

<p>"Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit." Dieser Satz des Sozialdemokraten Kurt Schumacher hat in europäischen Angelegenheiten bisher keine große Bedeutung gehabt. Politik begann zwischen Brüssel, Straßburg, Berlin und Paris mit dem Streben nach Höherem. In der Wirklichkeit aber gibt es dafür leider keinen guten Willen, keine Zustimmung und keine Mehrheiten mehr.</p> <p>Die europäische Denkfabrik Bruegel in Brüssel hat in der vergangenen Woche ebenfalls Antworten für diese Wirklichkeit gesucht. Die Experten und hochrangigen Regierungsberater haben ein Europa der konzentrischen Kreise vorgeschlagen. Um ein Kerneuropa herum soll beispielsweise England in eine kontinentale Partnerschaft eingeladen werden. England müsste mit der EU über die Intensität dieser Partnerschaft verhandeln, und es müsste natürlich einen Preis für den Zugang zu europäischen Handelsverträgen, dem europäischen Binnenmarkt oder europäischen Finanzmarktregeln bezahlen.</p> <p>Für glühende Europäer ist dieser Vorschlag kaum akzeptabel</p> <p>Das Modell steht in wohlthuender Nüchternheit neben den Gipfelreden von Bratislava. Es würde den Briten die Wege nach Europa offenhalten. Andere Länder könnten in ähnlichen Partnerschaften näher oder weiter an die Kerneuropäer gebunden werden. Ungarn, Polen und Tschechien könnten verhandeln, wie intensiv sie dabeibleiben wollen. Vielleicht könnte irgendwann auch die Türkei einen Weg nach Europa finden, ohne Mitglied der EU zu werden.</p>	<p>«Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit.» Dieser bereits zitierte Satz des Sozialdemokraten Kurt Schumacher hat in europäischen Angelegenheiten bisher keine große Bedeutung gehabt. Politik begann zwischen Brüssel, Straßburg, Berlin und Paris mit dem Streben nach Höherem. In der Wirklichkeit aber gibt es dafür leider keinen guten Willen, keine Zustimmung und keine Mehrheiten mehr. Die europäische Denkfabrik Bruegel in Brüssel hat nach dem Brexit-Votum Antworten für diese Wirklichkeit gesucht. Die Experten und Regierungsberater haben ein «Europa der konzentrischen Kreise» vorgeschlagen. Um ein Kerneuropa herum soll beispielsweise England in eine kontinentale Partnerschaft eingeladen werden. England müsste mit der EU über die Intensität dieser Partnerschaft verhandeln, und es müsste natürlich einen Preis für den Zugang zu europäischen Handelsverträgen, dem europäischen Binnenmarkt oder europäischen Finanzmarktregeln bezahlen. Das Modell steht in wohlthuender Nüchternheit neben den Reden auf dem EU-Gipfel im September 2016 in Bratislava. Es würde den Briten die Wege nach Europa offenhalten. Andere Länder könnten in ähnlichen Partnerschaften stärker oder loser an die Kerneuropäer gebunden werden. Ungarn, Polen und Tschechien könnten verhandeln, wie intensiv sie dabeibleiben wollen. Für glühende Europäer war dieser Vorschlag natürlich kaum akzeptabel. Europa à la carte werde es nicht geben, hat der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, in Richtung England geschleudert. Doch was ist daran so schlecht?</p>		
--	--	--	--

<p>Für glühende Europäer ist dieser Vorschlag natürlich kaum akzeptabel. Europa à la carte werde es nicht geben, hat der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, in dieser Woche in Richtung England geschleudert. Doch was ist daran so schlecht? Europa – das ist heute eine Kantine mit Einheitsessen. Warum sollte es sich nicht zu einem richtigen Restaurant entwickeln? A la carte speist hier derjenige mit dem Bedürfnis nach Individualität. Den höheren Preis für die Extra-Speisefolge bezahlt er gern. Das Kantinenmenü ist natürlich billiger; trotzdem gilt auch hier: Das Essen muss dem Gast schmecken. Und nicht dem Koch.</p> <p>Quelle: Tagesspiegel (2016), https://www.tagesspiegel.de/politik/europa-nach-dem-brexite-a-la-carte-ist-die-loesung/14561348.html, Autorin Ursula Weidenfeld</p>	<p>Die richtige Antwort kann nur darin liegen, verschiedene Geschwindigkeiten und Möglichkeiten der Kooperation zuzulassen, um den nationalen Eigensinnigkeiten gerecht zu werden – statt eine Einheit zu beschwören, die weder existiert noch mehrheitsfähig ist. Deutschland ist in seiner Europa-Euphorie überstrebend und schlicht nicht repräsentativ. Europa – das ist heute eine Kantine mit Einheitsessen. Warum sollte es sich nicht zu einem richtigen Restaurant entwickeln? À la carte speist hier derjenige, der das Bedürfnis nach Individualität hat. Den höheren Preis für die spezielle Speisefolge bezahlt er gern. Das Kantinenmenü ist natürlich billiger; trotzdem gilt auch hier: Das Essen muss dem Gast schmecken. Und nicht dem Koch. Europa muss keine museale Zukunft bevorstehen, wenn es sich auf die Stärke seines Wesens konzentriert: auf Vorteile durch einzeln verhandelte Kooperation.</p> <p>S. 154-156</p>		
<p>Wer die Grenzen zwischen Eigenem und Fremdem aufheben will, der muss die Traditionen und die Erscheinungsformen der eigenen Kultur nicht nur darstellen, sondern auch kritisieren können. Navid Kermani hat ein großartiges Beispiel dafür gegeben, wie tief man dabei vorgehen kann.</p> <p>Quelle: taz (2015): https://taz.de/Navid-Kermanis-Rede-beim-Friedenspreis/!5239675/, Autor Dirk Knipphals</p>	<p>Dieser Gedanke, dass es notwendig ist, die Traditionen und die Erscheinungsformen der eigenen Kultur nicht nur darzustellen, sondern auch zu kritisieren, begleitet mich seit Anbeginn meiner politischen Arbeit. Als Mitglied der CDU</p> <p>S. 163 (Kermani wird weiter oben bereits zitiert, aber auch hier keine Erwähnung der Quelle taz.)</p>	nein	nein
		nein	nein

<p>Der Bundestag hat mit einer auf Monate angelegten Debatte über die Frage der Sterbehilfe begonnen. Bei dem Austausch geht es im Kern um die Frage der Beihilfe zum Suizid: Soll einem sterbenskranken Menschen sein Arzt ein tödliches Medikament verabreichen dürfen?</p> <p>Insbesondere in weiten Teilen der Union wird diese Form der Sterbehilfe kritisch gesehen. Der CDU-Abgeordnete Hubert Hüppe sagte, dass der Druck auf Schwerkranke, Alte und Behinderte wachsen könnte, freiwillig aus dem Leben zu scheiden, wenn das immer normaler werde. Der Dambruch werde nicht von heute auf morgen kommen, aber er werde kommen, sagte der frühere Behindertenbeauftragte der Bundesregierung. Auch die Abgeordneten der Grünen und der Linken, Katrin Göring-Eckardt und Kathrin Vogler, sagten, der Tod dürfe keine leicht erreichbare Dienstleistung werden.</p> <p>Bundestagsvizepräsident Peter Hintze (CDU) forderte dagegen, sterbenden Menschen nicht per Gesetz ein qualvolles Ende aufzuerlegen. Mit der Menschenwürde sei es nicht vereinbar, "wenn aus dem Schutz des Lebens ein Zwang zum Qualtod würde". Es gebe tödliche Leiden, bei denen die Palliativmedizin an ihre Grenzen stoße. Ein Arzt müsse beim friedlichen Einschlafen helfen dürfen. "Das will auch die große Mehrheit der Bevölkerung", sagte Hintze. Der Bundestag sollte dieser Mehrheit eine Stimme geben, staatliche Bevormundung sei hier fehl am</p> <p>Platz. Das Recht auf Selbstbestimmung müsse auch ein selbstbestimmtes Sterben einschließen.</p>	<p>Lammert nannte es den «vielleicht anspruchsvollsten Gesetzgebungsprozess dieser Legislaturperiode», als der Bundestag mit einer auf Monate angelegten Debatte über die Frage der Sterbehilfe begonnen hatte. Bei dem Austausch ging es im Kern um die Frage der Beihilfe zum Suizid: Soll einem sterbenskranken Menschen sein Arzt ein tödliches Medikament verabreichen dürfen? Insbesondere in weiten Teilen der Union wurde diese Form der Sterbehilfe von Beginn</p>		
--	---	--	--

<p>Quelle: Die Zeit (2014), https://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-11/bundestag-sterbehilfe-debatte, Material von dpa und AFP</p>	<p>sagte, dass der Druck auf Schwerkranke, Alte und Behinderte wachsen könnte, freiwillig aus dem Leben zu scheiden, wenn das immer normaler werde. Der Dammbbruch werde nicht von heute auf morgen passieren, aber er werde eintreten, meinte der frühere Behindertenbeauftragte der Bundesregierung. Auch die Abgeordneten der Grünen und der Linken, Katrin Göring-Eckardt und Kathrin Vogler, sagten, dass der Tod keine leicht erreichbare Dienstleistung werden dürfe. Peter Hintze forderte dagegen, sterbenden Menschen nicht per Gesetz ein qualvolles Ende aufzuerlegen. Mit der Menschenwürde sei es nicht vereinbar, «wenn aus dem Schutz des Lebens ein Zwang zum Qualtod würde». Es gebe tödliche Leiden, bei denen die Palliativmedizin an ihre Grenzen stoße. Ein Arzt müsse beim friedlichen Einschlafen helfen dürfen. «Das will auch die große Mehrheit der Bevölkerung», sagte Hintze. Der Bundestag sollte dieser Mehrheit eine Stimme geben, staatliche Bevormundung sei hier fehl am Platz. Das Recht auf Selbstbestimmung müsse auch ein selbstbestimmtes Sterben einschließen.</p> <p>S. 164 f.</p>		
		nein	nein

<p>Verbot der Suizidbeihilfe: Ein weitgehendes Verbot der Hilfe bei der Selbsttötung strebt der CDU-Politiker Patrick Sensburg an. Anstiftung oder Hilfe bei der Selbsttötung soll nach seinen Plänen mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden. Sensburg argumentiert, dass dieses klare Verbot Abgrenzungsprobleme zu bestimmten Formen der Suizidbeihilfe vermeidet.</p>	<p>gebungsverfahren veränderten. Ein weitgehendes Verbot der Suizidbeihilfe strebten der CDU-Politiker Patrick Sensburg sowie weitere Politiker der CDU und CSU an. Nach ihrem Vorschlag sollten Anstiftung oder Hilfe bei der Selbsttötung mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden. Sensburg argumentierte, dass dieses klare Verbot Abgrenzungsprobleme zu bestimm-</p>		
--	---	--	--

Verbot geschäftsmäßiger Suizidbeihilfe: Eine Gruppe um die Parlamentarier Kerstin Griese (SPD), Michael Brand (CDU), Harald Terpe (Grüne) und Kathrin Vogler (Linke) will dagegen kein Komplet-Verbot, aber die geschäftsmäßige Suizidbeihilfe bestrafen, mit bis zu drei Jahren Gefängnis. Geschäftsmäßig meint hierbei das auf Wiederholung angelegte, organisierte Handeln von Vereinen und Einzelpersonen. Das Verbot würde sich also nicht nur auf die auf Gewinn orientierte, gewerbsmäßige Suizidbeihilfe beschränken, diese aber auch umfassen. Angehörige und nahe stehende Personen wären vor einer Bestrafung geschützt. Ethische Einzelfallentscheidungen sollen möglich sein und nicht sanktioniert werden, argumentiert die Gruppe, die inzwischen mehr als 170 Unterstützer im Parlament hat.

Regelung zum ärztlich assistierten Suizid: Den Sonderfall des ärztlich assistierten Suizids nimmt eine Gruppe um Karl Lauterbach (SPD) und Peter Hintze (CDU) in den Blick. Während die Hilfe beim Suizid prinzipiell nicht unter Strafe steht, ist sie Ärzten in der Regel durch Standesrecht untersagt. Die Hintze-Lauterbach-Gruppe will dies ändern. Ärzte sollen

24. Formen der Suizidbeihilfe vermeiden würde. Eine andere Gruppe um die Parlamentarier Kerstin Griese (SPD), Michael Brand (CDU), Harald Terpe (Grüne) und Kathrin Vogler (Linke) wollte die geschäftsmäßige Suizidbeihilfe mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestrafen. Geschäftsmäßig meinte hierbei das auf Wiederholung angelegte, organisierte Handeln von Vereinen und Einzelpersonen. Das Verbot hätte sich also nicht nur auf die auf Gewinn orientierte, gewerbsmäßige Suizidbeihilfe beschränkt, diese aber auch umfasst. Die Gruppe von Peter Hintze nahm den Sonderfall des ärztlich assistierten Suizids in den Blick. Während die Hilfe beim Suizid prinzipiell nicht unter Strafe stand, war sie Ärzten in der Regel durch Standesrecht untersagt. Die Hintze-Gruppe wollte dies ändern. Die liberalste Regelung mit einer Erlaubnis für Sterbehilfe-Vereine legten die Politikerinnen Renate Künast (Grüne) und Petra Sitte (Linke) vor. Sie waren gegen die gewerbsmäßige, kommerziell ausgerichtete Sterbehilfe, wollten aber die organisierte Suizidhilfe ohne Gewinnabsicht erhalten und definierten dafür Regeln. So sollten nach ihrem Entwurf Organisationen und Ärzte, die bei der Selbsttötung helfen wollten, zu Beratungsgesprächen und einer Dokumentation der Fälle verpflichtet werden. Auch sie wollten durch eine gesetzliche Regelung das standesrechtliche Verbot für Ärzte außer Kraft setzen. Der Entwurf hielt fest, dass Suizidbeihilfe ärztliche Aufgabe sein kann, eine Verpflichtung dazu gebe es aber nicht.

<p>Erlaubnis für Sterbehilfe-Vereine: Die liberalste Regelung mit einer Erlaubnis für Sterbehilfe-Vereine haben die Politikerinnen Renate Künast (Grüne) und Petra Sitte (Linke) vorgelegt. Sie sind gegen gewerbsmäßige, kommerziell ausgerichtete Sterbehilfe, organisierte Suizidhilfe ohne Gewinnabsicht wollen sie aber erhalten und definieren dafür Regeln. So sollen nach ihrem Entwurf Organisationen und Ärzte, die bei der Selbsttötung helfen wollen, zu Beratungsgesprächen und einer Dokumentation der Fälle verpflichtet werden. Auch sie wollen durch eine gesetzliche Regelung das standesrechtliche Verbot für Ärzte außer Kraft setzen. Der Entwurf hält fest, dass Suizidbeihilfe ärztliche Aufgabe sein kann, eine Verpflichtung dazu gebe es aber nicht.</p> <p><i>Quelle: nordkirche.de (2015), https://www.nordkirche.de/nachrichten/nachrichten-detail/nachricht/die-positionen-in-der-sterbehilfe-debatte, Autor Timo Teggatz</i></p>	<p><i>S. 165 f. (die Verweise auf Lauterbach im Original hat Kinnert im Plagiat gestrichen.)</i></p>		
		nein	nein

<p>Aufklärung) zu sehr im Vordergrund standen. Sie verlangten eine Ausweitung des Lehrstoffs auf weibliche und außereuropäische Autoren und schufen Sprachkodizes (<i>speech codes</i>), die auf die Einbeziehung von Minderheiten abzielten. Mit der Ausweitung dieser Sprachregelungen gewann die ironisch verwendete Bezeichnung <i>politically correct</i> an Bedeutung.</p> <p>Seit Beginn der 1990er-Jahre wurde der Ausdruck von einer reinen Selbstbeschreibung zunehmend auch zu einem pejorativ gebrauchten Kampfbegriff der politischen Rechten in den USA.^[5] Konservative Studenten, Akademiker und Journalisten übernahmen die Bezeichnung und wandelten sie in eine Chiffre zur Ablehnung linker Antidiskriminierungsbemühungen; US-Konservative verwenden sie seit den 1990er-Jahren in politischen Zusammenhängen in Auseinandersetzungen mit ihren politischen Gegnern. Allerdings wurde und wird sie auch weiterhin von undogmatischen Linken verwendet. Im Laufe der Zeit wurde der Ausdruck substantiviert zu <i>political correctness</i>.</p> <p>Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Politische_Korrekttheit</p>	<p>Machtverteilung. So verlangte die politisch liberale Studentenschaft in den USA eine Ausweitung des Lehrstoffs auf weibliche und außereuropäische Autoren und schuf Sprachkodizes, die auf die Einbeziehung von Minderheiten abzielten. Mit der Ausweitung dieser Sprachregelungen gewann der Begriff «politically correct» an Bedeutung. Seit Beginn der 1990er Jahre wurde der Begriff zunehmend auch zu einem pejorativ gebrauchten Kampfbegriff der politischen Rechten in den USA. Konservative Studenten, Akademiker und Journalisten übernahmen den Ausdruck und wandelten den Begriff in eine Chiffre zur Ablehnung linker Antidiskriminierungsbemühungen, US-Konservative verwendeten ihn im politischen Kontext in Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern. Im Laufe der Zeit wurde der Begriff zu <i>political correctness</i> substantiviert.</p> <p>S. 181 f.</p>		
		nein	nein

<p>Zu den politischen Vokabeln, die in den letzten Jahren Karriere gemacht haben, gehört das Wort „alternativlos“. Zunehmend werden Entscheidungen damit begründet, dass es zu ihnen keine wirkliche Alternative gibt. Ob es sich nun um die Stabilisierung des Finanzmarkts oder die Rettung des Euros handelt, stets wird auf den unausweichlichen Sachzwang verwiesen, dem die Politik stur zu folgen hat. Wer diese Logik nicht teilt, wird ausgegrenzt, je nachdem als gefährlich oder dumm hingestellt. Denn jenseits der Alternativlosigkeit, die das politische Handeln zur Zeit auf fast allen Ebenen bestimmt, droht die vermeintliche Katastrophe, das unabsehbare Chaos, in das uns diejenigen stürzen, die den Sachzwang nicht akzeptieren wollen. Statt zu streiten und um das bessere Argument zu kämpfen, wird Politik zunehmend auf das Schüren von Ängsten reduziert.</p> <p>Zur Beschreibung dieses Zustands hat sich in der politikwissenschaftlichen Diskussion der Begriff „Postdemokratie“ durchgesetzt. Damit ist eine Schwundstufe demokratischer Praktiken gemeint. Es werden zwar noch Wahlen abgehalten, und politische Parteien</p> <p><i>Quelle: Deutschlandfunk (2015), https://www.deutschlandfunk.de/postdemokratie-mit-agonistik-gegen-den-konsensdruck-100.html, Autor Leander Scholz</i></p>	<p>Zu den politischen Vokabeln, die in diesem Kontext in den letzten Jahren Karriere gemacht haben, gehört das Wort «alternativlos». Zunehmend werden Entscheidungen damit begründet, dass es zu ihnen keine wirkliche Alternative gibt. Ob es sich nun um die Stabilisierung des Finanzmarkts oder die Rettung des Euros handelt, stets wird auf den unausweichlichen Sachzwang verwiesen, dem die Politik stur zu folgen hat. Wer diese Logik nicht teilt, wird ausgegrenzt und wahlweise als gefährlich oder dumm hingestellt. Es wird suggeriert, dass jenseits der Alternativlosigkeit die vermeintliche Katastrophe drohe, das unabsehbare Chaos, in das uns diejenigen stürzen würden, die den Sachzwang nicht akzeptieren wollen. Statt zu streiten und um das bessere Argument zu kämpfen, wird Politik somit zunehmend auf das Schüren von Ängsten reduziert. Zur Beschreibung dieses Zustands hat sich in der politikwissenschaftlichen Diskussion der Begriff der Postdemokratie durchgesetzt. Damit ist eine Schwundstufe demokratischer Praktiken gemeint.</p> <p style="text-align: center;">5</p> <p>S. 185</p>		
<p>Alternativlosigkeit einschüchtern lässt. Ihre Mahnung, vor lauter Sachzwängen und Konsensdruck nicht das Wesen des Politischen zu vergessen, ist ein wichtiger Einwurf, um die Krise der repräsentativen Demokratie zu bewältigen.</p> <p>Von Leander Scholz 31.03.2015</p>	<p>kratischer Politik zwangsläufig verkennen», so Mouffe. Ihre Mahnung, vor lauter Sachzwängen und Konsensdruck nicht das Wesen des Politischen zu vergessen, ist ein wichtiger Gedanke, um die Krise der repräsentativen Demokratie zu bewältigen.</p> <p>S. 187</p>	nein	nein

<p>Quelle: Deutschlandfunk (2015), https://www.deutschlandfunk.de/postdemokratie-mit-agonistik-gegen-den-konsensdruck-100.html, Autor Leander Scholz, Vorspann</p>			
<p>Hier ergibt sich eine interessante Parallele zwischen der Konflikttheorie Chantal Mouffes, der Parteiensoziologie Duvergers und der Freud'schen Psychoanalyse: Hier wie dort erweist sich die Verdrängung rational nicht aufgelöster politischer bzw. psychischer Potentiale - bei Freud im Unbewussten - als kontraproduktiv. Verdrängt man das Politische, so sucht es sich einen anderen Schauplatz. Abgedrängt durch einen vermeintlich auf dem Weg des Dialogs hergestellten Konsens sucht sich das unaufgearbeitete Konfliktpotential einen Ausweg in mitunter nicht mehr steuerbare Situationen, eine Dialektik, die eben das befördern hilft, was vermieden werden sollte: Dann erst werden Gegner zu Feinden, deren Konflikte womöglich nur mehr durch Anwendung von Gewalt ausgetragen werden können.</p> <p>Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung (2009), https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/31749/vom-mythos-der-politischen-mitte/?p=4, Autor Kurt Lenk</p>	<p>Rechtspopulisten wählen. Hier ergibt sich eine interessante Parallele zwischen der Konflikttheorie Chantal Mouffes, der Parteiensoziologie Duvergers und der Freud'schen Psychoanalyse: Hier wie dort erweist sich die Verdrängung rational nicht aufgelöster politischer bzw. psychischer Potentiale - bei Freud im Unbewussten - als kontraproduktiv. Verdrängt man das Politische, so sucht es sich einen anderen Schauplatz. Abgedrängt durch einen vermeintlich auf dem Weg des Dialogs hergestellten Konsens sucht sich das unaufgearbeitete Konfliktpotenzial einen Ausweg in mitunter nicht mehr steuerbare Situationen, eine Dialektik, die eben das befördern hilft, was vermieden werden sollte: Dann erst werden Gegner zu Feinden, deren Konflikte womöglich nur mehr durch Anwendung von Gewalt ausgetragen werden können. Den Bürger schmerzt</p> <p>S. 187 f.</p>	nein	nein
		nein	nein

<p>Ein hoher Ausländeranteil unter den Schülern veranlasst Eltern zunehmend dazu, ihr Kind nicht auf die Grundschule in der Nachbarschaft zu schicken. Dies ist das Ergebnis eines Berichts, den der Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) vorgestellt hat.</p> <p>In Berlin gehen demnach schon fast zwei Drittel aller Migrantenkinder auf eine Grundschule, in der Mitschüler mit ausländischer Herkunft die Mehrheit stellen. Im Gegenzug lernen sechs von sieben einheimischen Kindern Lesen und Rechnen überwiegend unter Deutschen. Dies sei, so die Forscher, eben nicht nur durch den Einzugsbereich einer Schule zu erklären - sondern durch eine Flucht aus vermeintlich schlechten Einrichtungen.</p> <p>Um diesen Trend zu belegen, haben die Forscher 108 Berliner Grundschulen analysiert. So ist der Anteil von Migrantenkindern in jeder fünften Schule mehr als doppelt so hoch wie ihr Anteil an der Altersgruppe im Bezirk. Denn: Zehn Prozent der Eltern setzen durch, dass ihr Kind auf eine Wunschschule geht - oder gleich in eine private. Da die Qualität von Unterricht kaum zu messen sei, nehmen sie "den Zuwandereranteil als Indiz für das Leistungsniveau", sagt Gunilla Fincke, Direktorin des SVR-Forschungsbereichs.</p> <p><i>Quelle: Süddeutsche Zeitung (2012), https://www.sueddeutsche.de/bildung/wahl-der-schule-eltern-fluechten-vor-hohem-auslaenderanteil-1.1536606, Autor Johann Osel</i></p>	<p>Namen unterschieden. Aus einem Bericht derselben Stiftung ging 2012 hervor, dass ein hoher Ausländeranteil unter den Schülern Eltern zunehmend dazu veranlasst, ihr Kind nicht auf die Grundschule in der Nachbarschaft zu schicken. In Berlin gehen demnach schon fast zwei Drittel aller Migrantenkinder auf eine Grundschule, in der Mitschüler mit ausländischer Herkunft die Mehrheit stellen. Um diesen Trend zu belegen, haben die Forscher 108 Berliner Grundschulen analysiert. So ist der Anteil von Migrantenkindern in jeder fünften Schule mehr als doppelt so hoch wie ihr Anteil an der Altersgruppe im Bezirk. Denn zehn Prozent der Eltern setzen durch, dass ihr Kind auf eine Wunschschule geht - oder gleich auf eine private. Da die Qualität von Unterricht kaum zu messen sei, nehmen sie «den Zuwandereranteil als Indiz für das Leistungsniveau».</p> <p>S. 190</p>		
		nein	nein

Immer wieder heißt es zu Recht, dass wir die Amerikaner brauchen, für unseren eigenen Wohlstand und für unsere eigene Sicherheit. Letzteres gilt heute mehr denn je, angesichts des islamistischen Terrorismus und eines aggressiv gestimmten Russlands, wo es übrigens keine zwei aussichtsreichen Kandidaten bei einer Präsidentenwahl gibt. Es spricht also alles dafür, sich mit Trump gutzustellen, nach Gemeinsamkeiten zu suchen, ihn zu sich herüberzuziehen anstatt das Tischtuch zu zerschneiden. Hat das die deutsche Politik vergessen?

Den Sieger einer demokratischen Wahl zu beschimpfen oder mit Unfreundlichkeit zu begegnen ist schlechter Stil. Es ist aber auch Ausdruck eines deutschen und europäischen Hochmuts. All die Warnungen, bloß nicht die Unkultur des amerikanischen Wahlkampfes in Europa einziehen zu lassen, zeugen von einer europäischen Überheblichkeit gegenüber den Vereinigten Staaten. Als wäre es unsere Aufgabe, den kulturlosen Amerikanern Demokratie, Anstand und Rechtschaffenheit beizubringen.

nicht mehr nur Trump; er ist jetzt Präsident der USA. Immer wieder heißt es zu Recht, dass wir die Amerikaner brauchen, für unseren eigenen Wohlstand und für unsere eigene Sicherheit. Letzteres gilt heute mehr denn je, angesichts des islamistischen Terrorismus und eines aggressiv gestimmten Russlands, wo es übrigens keine zwei aussichtsreiche Kandidaten bei einer Präsidentenwahl gibt. Es spricht also alles dafür, sich mit Trump gutzustellen, nach Gemeinsamkeiten zu suchen, ihn zu sich herüberzuziehen, anstatt das Tischtuch zu zerschneiden. Hat das die deutsche Politik vergessen?

Den Sieger einer demokratischen Wahl zu beschimpfen oder ihm mit Unfreundlichkeit zu begegnen ist schlechter Stil. Es ist aber auch Ausdruck eines deutschen und europäischen Hochmuts. All die Warnungen, bloß nicht die Unkultur des amerikanischen Wahlkampfes in Europa einziehen zu lassen, zeugen von einer europäischen Überheblichkeit gegenüber den Vereinigten Staaten. Als wäre es unsere Aufgabe, den kulturlosen Amerikanern Demokratie, Anstand und Rechtschaffenheit beizubringen. Soweit erkennbar, stehen bisher weder die Demo-

<p>Soweit erkennbar, stehen bisher weder die Demokratie noch der Rechtsstaat in Amerika nach dieser Wahl auf dem Spiel. Nach der erbitterten Wahlschlacht sind Trump und Hillary Clinton aufeinander zugegangen, haben das gesagt, was man nach einem solchen Tag sagt, um das Land zu beruhigen. Barack Obama hat das Seine dazu getan, in einer Rede und bei einem Treffen mit Trump im Weißen Haus. Niemand in Amerika ist auf die Idee gekommen, noch einmal Öl ins Feuer zu gießen. So geht Demokratie.</p> <p>Trump zu schmähen, wie es die deutschen Spitzenpolitiker getan haben, beleidigt auch die 60 Millionen Amerikaner, die ihn gewählt haben. Und die sind wohl nicht ausnahmslos Dorftrötel, die nicht ernst zu nehmen sind. Es gibt nämlich noch einen Grund, warum die Reaktionen deutscher Politiker auf den Wahlsieg Trumps so falsch waren: Durch sie werden die Vorurteile der Anhänger populistischer Parteien wie der AfD bestätigt, nach denen auch die Elite in unserem Land nur das gelten lässt, was in ihre Weltsicht passt. So läuft die deutsche Politik Gefahr, genau die Fehler zu wiederholen, die Hillary Clinton und ihr Lager gemacht haben.</p> <p>Quelle: FAZ (2016), https://www.faz.net/aktuell/politik/von-trump-zu-biden/reaktion-deutscher-politiker-zu-donald-trump-koennte-schaden-14525131.html, Autor Markus Wehner</p>	<p>zubringen. Soweit erkennbar, stehen bisher weder die Demokratie noch der Rechtsstaat in Amerika nach dieser Wahl auf dem Spiel. Nach der erbitterten Wahlschlacht sind Trump und Hillary Clinton aufeinander zugegangen und haben das gesagt, was man nach einem solchen Tag sagt, um das Land zu beruhigen. Barack Obama hat das Seine dazu getan, in einer Rede und bei einem Treffen mit Trump im Weißen Haus. Niemand in Amerika ist auf die Idee gekommen, noch einmal Öl ins Feuer zu gießen. So geht Demokratie. Trump zu schmähen, wie es</p> <p>zu gießen. So geht Demokratie. Trump zu schmähen, wie es die deutschen Spitzenpolitiker getan haben, beleidigt auch die 60 Millionen Amerikaner, die ihn gewählt haben. Und die sind wohl nicht ausnahmslos Dorftrötel, die nicht ernst zu nehmen sind. Es gibt nämlich noch einen Grund, warum die Reaktionen deutscher Politiker auf den Wahlsieg Trumps so falsch waren: Durch sie werden die Vorurteile der Anhänger populistischer Parteien wie der AfD bestätigt, nach denen die Elite in unserem Land nur das gelten lässt, was in ihre Weltsicht passt. So läuft die deutsche Politik Gefahr, genau die Fehler zu wiederholen, die Hillary Clinton und ihr Lager gemacht haben.</p> <p>S. 194 f.</p>		
		nein	nein

<p>des Fortschritts, der Moderne zu stehen. Gerade der Verlust des Vertrauten im Zuge von Innovationen und Umgebungswechseln erzeugt oder zumindest verstärkt das kompensatorische Bedürfnis nach dem Gewohnten und Gleichbleibenden, nach Traditionspflege und Herkunftsvergewisserung.</p> <p>Quelle: INDES (2015), http://indes-online.de/3-2015-editorial, Autoren Leona Koch, Danny Michelsen und Matthias Micus</p>	<p>entstehen. Der Verlust des Vertrauten im Zuge von Innovationen und Umgebungswechseln erzeugt oder zumindest verstärkt das kompensatorische Bedürfnis nach dem Gewohnten und Gleichbleibenden, nach Traditionspflege und Herkunftsvergewisserung. Eine Renaissance des Konservatismus steht daher bevor.</p> <p>S. 198</p>		
<p>Fortschrittsoptimismus. Deshalb ist es spätestens seit Michael Oakeshotts Diagnose, der Konservative sei jemand, der »das Reale dem Möglichen, das Begrenzte dem Unbegrenzten, das Brauchbare dem Vollkommenen und die Fröhlichkeit einem utopischen Glück« vorziehe, in Mode gekommen, den Konservatismus mit einer spezifischen Denkart anstatt einem politischen Programm zu identifizieren. Ganz ähnlich charakterisierte zuerst Edmund Burke – salopp gesprochen, der Urvater des Konservatismus – die konservative Weltansicht: als eine Denkweise, die dem Rationalismus, der reinen Vernunft, mit Skepsis begegnet.</p> <p>Quelle: INDES (2015), http://indes-online.de/3-2015-editorial, Autoren Leona Koch, Danny Michelsen und Matthias Micus</p>	<p>Spätestens seit der Diagnose des englischen Philosophen Michael Oakeshott, dass der Konservative jemand sei, der «das Reale dem Möglichen, das Begrenzte dem Unbegrenzten, das Brauchbare dem Vollkommenen und die Fröhlichkeit einem utopischen Glück» vorziehe, ist in Mode gekommen, den Konservatismus mit einer spezifischen Denkart anstatt einem politischen Programm zu identifizieren. Ganz ähnlich charakterisierte zuerst Edmund Burke – salopp gesprochen, der Urvater des Konservatismus – im 18. Jahrhundert die konservative Weltansicht: als eine Denkweise, die dem Rationalismus, der reinen Vernunft, mit Skepsis begegnet. Mein Konservatismus-</p> <p>S. 199</p>	nein	nein
		nein	nein

Irrig wäre jedenfalls die Annahme, den Konservatismus heute noch pauschal als Gegen-Aufklärung abtun zu können. Ohne

Vielleicht ist sogar gerade das Gegenteil von obiger Behauptung richtig: Es dürfte kein Zufall sein, dass Denker aus dem Dunstkreis der linken »Frankfurter Schule« bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mutmaßten, Revolutionen der Gegenwart seien nicht mehr die »Lokomotive der Weltgeschichte«, als die Karl Marx sie gesehen hatte, sondern diametral entgegengesetzt »der Griff des in einem Zug reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse« (Walter Benjamin).

Quelle: INDES (2015), <http://indes-online.de/3-2015-editorial>, Autoren Leona Koch, Danny Michelsen und Matthias Micus

Irrig wäre jedenfalls die Annahme, den Konservatismus heute noch pauschal als Gegen-Aufklärung abtun zu können. Vielleicht ist sogar gerade das Gegenteil richtig: Es dürfte kein Zufall sein, dass Denker aus dem Dunstkreis der linken Frankfurter Schule bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mutmaßten, dass die »Lokomotive der Weltgeschichte« nicht mehr Revolutionen seien, wie Karl Marx es noch gesehen hatte;

sondern diametral entgegengesetzt »der Griff des in einem Zug reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse« (Walter Benjamin). Das macht den heutigen Konservativen nicht zum Ewiggestrigen, sondern im Gegenteil zum aktiv Handelnden.

S. 199 f.